**Kantonale Volksabstimmung
vom 25., 26. und 27. September 1970**

**Grossratsbeschluss betreffend den Ausbau des Cityringes zwischen
dem Heuwaageviadukt und dem Spalentor**

(Vom 20. November 1969)

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf den Antrag des Regierungsrates,

1. hebt die in den Bau- und Strassenlinienplänen des Stadtplanbüros vom 30. April 1969 Nr. 9515 und Nr. 9516 eingetragenen gelb punktierten Linien auf und erklärt die rot eingezeichneten Bau- und Strassenlinien für grundsätzlich unveränderlich im Sinne von § 7 Absatz 3 des Gesetzes über Anlegung und Korrektion von Strassen vom 14. Januar 1937;

2. versetzt das Areal im Bereiche der Lyss (Leonhardsgraben 20-30) sowie Petersgraben (Rosshofgasse 10/12-Petersgraben 71) gemäss Zonenänderungsplan des Stadtplanbüros vom 2. Januar 1969 Nr. 9518 in die Altstadtzone;

3. bewilligt für den Ausbau des Cityringes zwischen dem Heuwaageviadukt und dem Spalentor einschliesslich der in diesem Bereich vorgesehenen Korrektionen einen Kredit von Fr. 4 480 000.— zu Lasten der Rechnung der Jahre 1969/70.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum.

Basel, den 20. November 1969

Namens des Grossen Rates

Der Präsident: **Dr. J. Oeri**

Der I. Sekretär: **F. Heini**

Erläuterung

Der vom Grossen Rate am 23. April 1964 in zustimmendem Sinne zur Kenntnis genommene und der Regierung als Richtplan empfohlene Gesamtplan enthält neben dem Autobahnring den Cityring. Diesem kommt als städtischer Hauptverkehrsstrasse die Aufgabe zu, allen durchfahrenden privaten Verkehr möglichst von der Innenstadt fernzuhalten.

Mit den Beschlüssen zum Neubau der Johanniterbrücke und zur Erstellung des Heuwaageviadukts hat sich der Grosse Rat zur Verwirklichung des Cityring-Projekts entschlossen.

Jeder Strassenzug kann nur so viel Verkehr bewältigen, wie die angrenzenden, weiterführenden Strassen aufzunehmen vermögen. Der Heuwaageviadukt ist vierspurig. Bei der Erstellung des Heuwaageviadukts wurde hervorgehoben, dass weitere Ratschläge für die späteren Korrekturen der angrenzenden Strassenzüge nach Massgabe der fortschreitenden Planung folgen würden.

Im Hinblick auf die sukzessive Fortführung des Cityrings geht es darum, ob zu der Fortsetzung des Heuwaageviadukts bis zum Spalentor Ja oder Nein gesagt werden soll.

Gesetz betreffend Ergänzung des Gesetzes über die Inanspruchnahme der Allmend durch die Verwaltung und durch Private vom 24. März 1927

(Vom 26. Februar 1970)

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag seiner Kommission, beschliesst:

Das Gesetz über die Inanspruchnahme der Allmend durch die Verwaltung und durch Private vom 24. März 1927, wird wie folgt ergänzt:

1. Dem § 1 Abs. 3 wird folgender Satz beigefügt:

„...; vorbehalten bleibt die Kompetenz des Grossen Rates zum Erlass von Parkierungsbeschränkungen in der Innerstadt gemäss § 14 Abs. 3 des Gesetzes.“

2. Dem § 14 wird folgender Absatz 3 beigefügt:

„Zuständig zum Erlass von Verkehrsbeschränkungen und Parkierungsbeschränkungen im Rahmen der Bundesgesetzgebung auf den öffentlichen Strassen und Plätzen der Stadt Basel ist das Polizeidepartement. Ausserdem können Parkierungsverbote im Gebiet zwischen Rhein, St. Alban-Graben, Steinenberg, Kohlenberg, Leonhardsgraben und Petersgraben mit Einschluss dieser Strassen vom Grossen Rate erlassen werden. Vom Grossen Rate erlassene Parkierungsverbote können vom Polizeidepartement nicht aufgehoben werden; ausgenommen sind vorübergehende Lockerungen.“

Dieses Gesetz ist zu publizieren und der Gesamtheit der Stimmberechtigten zur Annahme oder Verwerfung zu unterbreiten.

Basel, den 26. Februar 1970

Namens des Grossen Rates

Der Präsident: Dr. J. Oeri

Der I. Sekretär: F. Heini

Erläuterung

In der kantonalen Volksabstimmung vom 11. Juni 1961 ist das Volksbegehren für ein Parkverbot in den Strassen der Innerstadt mit 12 457 Ja gegen 5969 Nein angenommen worden. Daraufhin hat das Polizeidepartement die als nötig erachteten Parkverbote in der Innerstadt angeordnet, womit dem Wunsche der Initianten und der grossen Mehrheit der Stimmbürger materiell bereits entsprochen war. Formell ist nun noch eine Gesetzesergänzung notwendig, damit nach dem Sinne der Initiative der Grosse Rat zum Erlass von Parkierungsbeschränkungen in der Innerstadt zuständig wird.

Grossratsbeschluss betreffend Miete weiterer Räumlichkeiten in der Liegenschaft „Birstalerhof“ an der Münchensteinerstrasse 120 zur Unterbringung verschiedener Dienstleistungsbetriebe des Erziehungsdepartementes

(Vom 9. April 1970)

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag des Regierungsrates, beschliesst:

1. Der zwischen der Gesellschaft Birstalerhof, bestehend aus den Herren Gebrüder Nyfeler AG, Baugeschäft, Baslerstrasse 60, 4102 Binningen, und Joseph Thüring, Architekt, Blumenrain 3, 4000 Basel, und dem Erziehungsdepartement Basel-Stadt abgeschlossene Mietvertrag betreffend die Liegenschaft Münchensteinerstrasse 120 wird genehmigt.

2. Der für das Jahr 1970 notwendige Kredit für die Miete der Räumlichkeiten von Fr. 103 800.— (April bis Dezember 1970) wird bewilligt und der im Budget 1970 unter G, Schulmaterialverwaltung und Schulmaterialien, Pos. 493, Miete des Verwaltungsgebäudes eingesetzte Betrag von Fr. 109 400.— um Fr. 103 800.— erhöht und auf Fr. 213 200.— festgesetzt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum.

Basel, den 9. April 1970

Namens des Grossen Rates

Der Präsident: **Dr. J. Oeri**

Der I. Sekretär: **F. Heini**

Erläuterung

Bis Ende des Jahres 1961 waren die Schulmaterialverwaltung und der Lehrmittelverlag in verschiedenen Gebäuden – verstreut über die ganze Stadt – untergebracht. Mit der Erstellung des „Birstalerhof“ an der Münchensteinerstrasse 120 konnte der Schulmaterialverwaltung die Möglichkeit geboten werden, ihre verschiedenen Filialen aufzugeben und die Verwaltung wie auch das Materiallager an einem einzigen Ort zu vereinigen.

Durch den Auszug eines Garagetriebes aus der Liegenschaft Münchensteinerstrasse 120 werden nun weitere Parterreräume, Kellerräume, Büroräume und Ladenlokale frei.

Es geht darum, ob durch ein Ja der Schulmaterialverwaltung und dem Lehrmittelverlag ermöglicht werden soll, die benötigten zusätzlichen Räume mietweise zur notwendigen Vergrösserung ihrer Kapazität im gleichen Hause zu erhalten oder nicht.

Grossratsbeschluss betreffend Anschaffung von 36 Gelenkmotorwagen Be 4/6 und von 31 Anhängewagen B 4 für die Basler Verkehrs-Betriebe

(Vom 3. Juli 1970)

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf den Antrag des Regierungsrates, bewilligt den Basler Verkehrs-Betrieben für die Anschaffung von

1. 36 Gelenkmotorwagen Be 4/6 und
2. 31 Anhängewagen B 4

ein verzinsliches Darlehen von Fr. 29 500 000.—.

Die Rückzahlung durch die Basler Verkehrs-Betriebe hat jährlich im Ausmass der auf diesem Rollmaterial vorgenommenen Abschreibungen zu erfolgen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum.

Basel, den 3. Juli 1970

Namens des Grossen Rates
Der Präsident: **E. Keller**
Der I. Sekretär: **F. Heini**

Erläuterung

Im Zuge der weiteren Rationalisierungsmassnahmen bei den Basler Verkehrs-Betrieben durch die Anschaffung von Billettautomaten zur Senkung der Personalkosten und aus betrieblichen Gründen muss mit der Erneuerung des Fahrzeugparks fortgefahren werden. Die zweiachsigen Motorwagen wie auch die zwei- und dreiachsigen Anhängewagen stammen mit wenigen Ausnahmen aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Sie genügen den heutigen Erfordernissen in bezug auf Komfort, Fassungsvermögen und Geschwindigkeit nicht mehr.

Der Beschaffung der ersten Serie von 20 Gelenkmotorwagen Be 4/6 „Düwag“, die 1967/68 in Betrieb genommen wurden und seither auf der Linie 6 verkehren, lag der Gedanke zugrunde, zu einem einheitlichen Typ von Gelenkmotorwagen zu gelangen.

In Weiterverfolgung der eingeschlagenen Rollmaterialpolitik soll nun eine Anschlussbestellung von weiteren 36 Gelenkmotorwagen Be 4/6 „Düwag“, des gleichen Typs also, der in 20 Exemplaren bereits vorhanden ist, sowie von 31 Strassenbahn-Anhängewagen B 4 aufgegeben werden.

Es geht darum, ob der benötigte Kredit bewilligt werden soll oder nicht.

Grossratsbeschluss betreffend Umbau und Renovation der Liegenschaften Kohlenberg 25 und 27 für die Bedürfnisse der Staatsanwaltschaft

(Vom 18. Juni 1970)

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf den Antrag des Regierungsrates, beschliesst:

1. Die Uebertragung der im Anlagevermögen der Einwohnergemeinde der Stadt Basel (Liegenschaftskonto A, produktive Liegenschaften) stehenden Liegenschaft Kohlenberg 27 (Parzelle III/41) in das Verwaltungsvermögen des Kantons Basel-Stadt (Liegenschaftskonto B, unproduktive Liegenschaften) zum Buchwert von Fr. 586 392.05 wird genehmigt.

2. Für den Umbau und die Renovation der Liegenschaften Kohlenberg 25 und 27 für die Bedürfnisse der Staatsanwaltschaft wird ein Kredit von Fr. 1 394 300.— (Index Oktober 1969 = 344,6 Punkte) zu Lasten der laufenden Rechnung der Jahre 1970 bis 1973 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren; er unterliegt dem Referendum.

Basel, den 18. Juni 1970

Namens des Grossen Rates
Der Präsident: **E. Keller**
Der I. Sekretär: **F. Heini**

Erläuterung

Bis vor zwei Jahren verfügte die Staatsanwaltschaft, die heute im Lohnhof und den Liegenschaften Leonhardskirchplatz 5, Heuberg 32 (Leonhardsstift), Kohlenberg 25 und Leonhardsgraben 45 untergebracht ist, noch über einige bescheidene Raumreserven. Heute ist bei der Staatsanwaltschaft der letzte Arbeitsplatz belegt.

Um dem Bedarf an zusätzlichen Büros entsprechen zu können, hat der Regierungsrat die im Staatsbesitz befindliche Liegenschaft Kohlenberg 27 unter Vereinigung mit der bereits der Staatsanwaltschaft dienenden Liegenschaft Kohlenberg 25 der Staatsanwaltschaft zugeteilt.

Es besteht die Absicht, die beiden Liegenschaften zu einem organisatorisch zusammenhängenden Verwaltungsgebäude zu verschmelzen, wobei aber das äussere Fassadenbild gewahrt werden soll.

Es geht darum, ob diese Uebertragung und die zum Umbau nötigen Kredite bewilligt werden sollen oder nicht.

Zur Stimmabgabe auf dem Korrespondenzwege sind berechtigt:

a) In *eidgenössischen* Angelegenheiten:

Kranke und Gebrechliche;

Patienten der Militärversicherung, die, ohne krank oder gebrechlich zu sein, sich ausserhalb ihres Wohnortes einer Erholungskur oder beruflichen Umschulung unterziehen;

Stimmberechtigte, die zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit sich ausserhalb des Wohnsitzes aufhalten;

Stimmberechtigte, die aus Gründen höherer Gewalt am Gang zur Urne verhindert sind.

b) In *kantonalen* Angelegenheiten:

Ortsabwesende, Kranke und Gebrechliche.

Stimmberechtigten, die verhindert sind, sich persönlich ins Stimmlokal zu begeben und die die Voraussetzungen für die schriftliche Stimmabgabe erfüllen, wird auf rechtzeitig an das *Kontrollbüro* respektive an die *Gemeindekanzleien der Landgemeinden* gestelltes schriftliches Begehren, das bis spätestens am Abstimmungsfreitag, 16.00 Uhr, im Besitz der genannten Amtsstellen sein muss und dem der *Stimmrechtsausweis* beizulegen ist, das notwendige Stimmmaterial zugestellt.

Militär:

Stimmberechtigte, die nach Erhalt des Stimmrechtsausweises, aber vor den Abstimmungstagen in den Militärdienst einrücken müssen, haben Gelegenheit, ihr Stimmrecht vor dem Einrücken, in *Basel* bei der *Staatskanzlei* (Registratur), Rathaus, 2. Stock, Zimmer 15, in *Riehen* und *Bettigen* bei den *Gemeindekanzleien*, während der ordentlichen Bürostunden auszuüben.

Stimmberechtigte, die ihren Stimmrechtsausweis verloren haben, können bis spätestens am Abstimmungssamstag beim Kontrollbüro, Stimmregister, Petersgasse 11, bis 18.00 Uhr bzw. bei den betreffenden *Gemeindekanzleien* bis 12.00 Uhr einen neuen beziehen, sofern sie den Verlust glaubhaft machen können.